

APRIL 2006

Die transatlantische Agenda ist heute global. Europa und die USA können internationale Probleme wie den Terrorismus, die künftige Energieversorgung, das Aufstreben neuer Mächte in Asien und andere Herausforderungen der Globalisierung nur gemeinsam meistern. Die *Global Must Reads* fassen die wichtigsten Studien und Analysen aus amerikanischen und europäischen Think Tanks sowie internationalen Zeitschriften auf Deutsch zusammen. Dieser Service basiert auf dem Angebot unseres täglich aktualisierten Internetportals www.atlantic-outlook.org.

- ▶ **Chinas Offensive gegen steigende Ölpreise** Seite 1
- ▶ **NATO als Garant für Energiesicherheit?** Seite 2
- ▶ **Zuwanderung als Rettung – Europa braucht die „Blue Card“**
- ▶ **Indiens zwei Gesichter: Gewinner und Verlierer des Aufstiegs** Seite 3
- ▶ **Irakkrieg kostet die USA über 1 Billion Dollar**
- ▶ **Zentralasien benötigt mehr EU-Engagement** Seite 4
- ▶ **Wachstumsmotor Wettbewerb – mehr Deregulierung für Europa**
- ▶ **Wer bestimmt die US-Außenpolitik?** Seite 5
- ▶ **Arbeitsplatzverlagerung: die Zukunft des Dienstleistungssektors**

Chinas Offensive gegen steigende Ölpreise

Beijing's „New Thinking“ on Energy Security, Wenran Jiang, *Jamestown Foundation*, 14.04.2006

Die steigenden Ölpreise sind Gift für die Beziehungen zwischen den USA und China. In der amerikanischen Debatte gilt der enorme Energiebedarf der Chinesen als Hauptursache für die Preissteigerungen der letzten Jahre. Außerdem bereitet es den USA Sorge, dass China die Nähe zu Ölproduzenten sucht, deren Verhältnis zu den USA nicht gerade das Beste ist – darunter Iran, Sudan oder Venezuela.

Die Chinesen weisen jegliche Kritik von sich und machen den protektionistischen Kurs der USA verantwortlich: Nachdem das US-Repräsentantenhaus das Übernahmeangebot der China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) für Unocal blockierte, sahen sich die Chinesen gezwungen, auf den Energiemärkten in Afrika, Lateinamerika und dem Mittleren Osten zu investieren. Außerdem ist China nicht nur der zweitgrößte Energiekonsument der Welt, sondern gleichzeitig auch der zweitgrößte Energieproduzent. Die USA verbrauchen etwa 25% der täglichen Ölfördermenge, bei einem Weltbevölkerungsanteil von 5%. Die Chinesen stellen 22% aller Erdbewohner und verbrauchen nur 6%. Im Übrigen leidet die chinesische Wirtschaft ganz besonders unter den steigenden Energiepreisen: Allein 2004 machten Roh- und Mineralöl mit 43 Mrd. Dollar den größten Anteil der Importe aus, mit negativen Auswirkungen auf Investitionen und Konsum. Das chinesische BIP verringerte sich dadurch um 0,8%.

Die chinesische Führung geht angesichts der steigenden Ölpreise in die Offensive und setzt neue Prioritäten in der Energiepolitik:

- Umstellung der Kohleförderung auf hocheffiziente und sauber verbrennende Technologien
- Effizientere Stromversorgung
- Höhere Versorgung durch natürliches Gas
- Entwicklung und Förderung erneuerbarer Energien
- Aufbau von Erdölreserven im eigenen Land
- Forschungsentwicklungen im Energiebereich

Anstatt China für die steigenden Energiepreise verantwortlich zu machen und als energiepolitisches Risiko zu betrachten, sollte der Westen das Potential des chinesischen Energiemarktes erkennen. Dieser bietet Möglichkeiten zur Entwicklung neuer Technologien für effizientere Energienutzung und verbesserten Umweltschutz. Außerdem könnte eine engere Kooperation bei Energiefragen positiven Einfluss auf die chinesische Außenpolitik haben. Dafür aber müssten die wahren Motive der chinesischen Energiepolitik vom Westen erst einmal erkannt werden. [Mehr...](#)

NATO als Garant für Energiesicherheit?

NATO and Energy Security, Paul Gallis, *Congressional Review Service*, Report for Congress, 21.03.2006

Das Thema Energiesicherheit wird für die transatlantischen Partner immer wichtiger. Die meisten europäischen Staaten sind von großen Energieimporten abhängig. Derzeit importieren die EU-Länder etwa 50% ihres Energiebedarfs, 2030 werden es 70% sein. Die Suche nach geeigneten Institutionen für die Sicherung der Energiezufuhr hat bereits begonnen. Kann die NATO hier eine zentrale Rolle übernehmen?

In den USA ist man nicht abgeneigt, der NATO eine bedeutende Rolle zu übertragen, sollten die weltweiten Energieströme absichtlich unterbrochen werden. Schon früher waren die Regierungen von NATO-Staaten an militärischen Aktionen beteiligt, die der Sicherung von Energieressourcen dienten – z.B. während des Iran-Irak-Krieges. Zahlreiche Mitgliedstaaten der NATO sind der Ansicht, dass aus ihr ein Global Player mit weltweiten Partnern werden muss. Für die Energiesicherheit könnte ein solches Bündnis wertvolle Dienste leisten:

- Koordinierung der Politik zwischen den Mitgliedstaaten und den Regierungen von Nichtmitgliedern, um Ressourcen zu teilen und Störungen der Energieversorgung zu vermeiden;
- Sicherung der Infrastruktur in unsicheren Staaten, die Energie fördern oder als Transitland dienen;
- Gemeinschaftsprojekte zum Bau von Pipelines mit energieproduzierenden Staaten wie Kasachstan und Turkmenistan, die dem NATO-Programm Partnership for Peace angehören;

Skeptiker in der EU befürchten, die Diskussion könnte ein falsches Signal senden. Andere Regierungen könnten glauben, die Allianz erwäge militärische Aktionen zur Sicherung des Öl- und Gasnachschubs. Noch sind sich die Mitgliedstaaten der NATO nicht einig: Während Polen eine stärkere Rolle des Bündnisses bei der Energiesicherheit fordert, wollen andere es zunächst mit der Öffnung der Energiemärkte versuchen. In jedem Fall aber könnte die NATO die Bemühungen der EU unterstützen, Energiesicherheit durch Stärkung der Marktkräfte und durch mehr Kooperation im Energiesektor zu fördern. [Mehr...](#)

Zuwanderung als Rettung – Europa braucht die „Blue Card“

Welcome to Europe, Jakob von Weizsäcker, *Bruegel*, bruegelpolicybrief, Issue 2006/03, April 2006

Im Wettbewerb um die besten Köpfe gerät die EU weiter ins Hintertreffen. Australien, Kanada und die Schweiz sind dagegen äußerst erfolgreich im globalen Wettbewerb um hochqualifizierte Migranten. In allen drei Ländern gibt es ein modernes Punktesystem, das die Einwanderung reguliert.

Wenn die EU das Ziel der Lissabon-Agenda erreichen will, in naher Zukunft zu den dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsräumen der Welt zu gehören, benötigt sie dringend eine Strategie, um attraktiver für hochqualifizierte Einwanderer zu werden. In Europa wird die Migrationsdebatte meist auf die Probleme reduziert, die durch die Einwanderung Geringqualifizierter entstehen. Dies schürt Vorbehalte in der Bevölkerung und verhindert, dass die EU-Staaten eine zukunftsfähige Einwanderungspolitik formulieren. Dabei steht einiges auf dem Spiel: Europas Zukunft als wissens-

basierte Ökonomie, die im Wettbewerb um die besten Köpfe, um Innovation und technologische Entwicklung oben mitspielt.

Damit die EU attraktiver für hochqualifizierte Einwanderer wird, sollte sie folgende Reformen anstoßen:

- Eine EU-weite „Blue Card“ für Migranten: Diese europäische Variante der Green Card würde hochqualifizierten Einwanderern aus der Dritten Welt Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt verschaffen und auf einem modernen Punktesystem basieren.
- „Blue Diplomas“ für ausländische Studenten: Jeder Absolvent, der das „Blue Diploma“ an einer der Partneruniversitäten ablegt, hätte Anspruch auf eine „Blue Card“ – abhängig von seinen Resultaten. Die Aussicht auf den EU-Arbeitsmarkt durch das „Blue Diploma“ würde ausländische Studenten an Europas Universitäten locken.
- Ein externer Mindestlohn speziell für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedsländern: Wenn dieser zu Beginn der nächsten Erweiterungsrounden (Bulgarien, Rumänien, evtl. die Türkei) entsprechend hoch angesetzt würde, könnte die freie Mobilität von Arbeitskräften innerhalb der EU zügig umgesetzt werden, ohne dass es zu Massenwanderungen gering qualifizierter Arbeitssuchender käme. Der externe Mindestlohn wäre zu hoch, als dass Geringqualifizierte von Arbeitgebern der alten Mitgliedstaaten eingestellt würden.

Europa kann von der verstärkten Zuwanderung weltweiter Talente nur profitieren. Gleichzeitig muss die Einwanderung weniger Qualifizierter nicht unbedingt schaden. Wichtig ist, dass die schwierige Debatte über die Folgen gering qualifizierter Zuwanderung nicht blind macht für Strategien, wie Europa wieder attraktiver für Migranten wird. [Mehr...](#)

Indiens zwei Gesichter: Gewinner und Verlierer des Aufstiegs

India: A Tale of Two Worlds, Conn Hallinan, *Foreign Policy in Focus*, 10.04.2006

Die Kluft in Indien zwischen Arm und Reich wird größer. Das Land hat zwei Gesichter: Während der indische Leitindex Sensex immer neue Höhen erklimmt, leben große Teile der Landbevölkerung unterhalb der Armutsgrenze von 650 Dollar pro Jahr. Zwar stieg das Vermögen der 311 indischen Milliardäre im vergangenen Jahr um 71%, doch die durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung ist 7 Jahre geringer als in China. Die Kindersterberate ist höher als in Bangladesh und Nepal.

Indiens Wachstumsraten von jährlich 8% und mehr kommen nur einem kleinen Teil seiner Bevölkerung zugute. Letztes Jahr belegte Indien im Human Development Index der UN nur Platz 127 (von 177 Ländern) und liegt damit drei Plätze schlechter als im Vorjahr. Indien treibt den Ausbau seiner Marine voran und verhandelt über die Aufrüstung seiner Luftwaffe. Dabei könnte schon der Preis von einem Kampfflugzeug etwa 1,5 Mio. Indern lebenslangen Zugang zu sauberem Trinkwasser gewähren.

Das Missverhältnis ist allein in den letzten 15 Jahren stärker gewachsen als in den 50 Jahren zuvor. Besonders kleinere Bauern sind die Leidtragenden dieser Entwicklung. 2003 waren fast 50% der ländlichen Haushalte verschuldet. Zum Vergleich: 1991 waren es nur 26%. Immer mehr Bauern müssen ihre Betriebe aufgeben und arbeiten als landwirtschaftliche Tagelöhner oder ziehen in die Stadt – in der Hoffnung, dort Arbeit zu finden. In den Städten aber werden hauptsächlich gut ausgebildete Fachkräfte gesucht und in den ländlichen Regionen sind 38% der Männer und 57% der Frauen Analphabeten.

Die indische Regierung setzt weiter darauf, dass ein hohes Wirtschaftswachstum die Schere zwischen Arm und Reich verkleinern wird – für das kommende Jahr sind 10% prognostiziert. Indiens Finanzminister bringt diesen Optimismus auf den Punkt: „Wachstum ist das beste Mittel gegen Armut.“ [Mehr...](#)

Irakkrieg kostet die USA über 1 Billion Dollar

The economic costs of the Iraq war: An appraisal three years after the beginning of the conflict, Linda Bilmes, Joseph E. Stiglitz, *National Bureau of Economic Research*, Working Paper 12054, Februar 2006

Der Irakkrieg wird für die USA teurer als bisher angenommen: Eine Studie über die Gesamtkosten des Krieges kommt auf die riesige Summe von über einer Billion Dollar. Dabei werden neben dem Budget für die Armee auch die makroökonomischen Folgekosten berücksichtigt.

Im Vorfeld des Irakkriegs wurde über die möglichen Kosten kaum diskutiert. Spekulationen, diese würden bei etwa 200 Mrd. Dollar liegen, wurden schnell als übertrieben zurückgewiesen. Stattdessen war die Rede davon, der Irak könne seinen Wiederaufbau eigenständig finanzieren und der Krieg sei gut für die Wirtschaft. Bis November 2005 hat der US-Kongress 251 Mrd. Dollar für militärische Operationen im Irak bewilligt. Seit Beginn des Krieges sind die monatlichen Ausgaben kontinuierlich gestiegen, allein im letzten Jahr um fast 20%. Der Kongress rechnet für die nächsten 10 Jahre mit weiteren Kosten für den US-Haushalt in Höhe von 266 Mrd. Dollar, so dass die direkten Kriegskosten bei etwa 500 Mrd. Dollar lägen.

Die Ergebnisse der Studie malen ein anderes Szenario: Je nachdem, ob die US-Truppen bis 2010 oder 2015 bleiben, muss allein der US-Haushalt zwischen 750 Mrd. und 1,2 Billionen Dollar aufbringen – rechnet man die Aufwendungen z.B. für Veteranen und medizinische Versorgung oder die gestiegenen Rekrutierungsausgaben hinzu. Zu noch höheren Zahlen kommt man, wenn man die makroökonomischen Folgekosten addiert. Diese entstehen etwa durch den Anstieg des Ölpreises, durch die Auswirkungen der verschärften Sicherheitslage (z.B. Behinderung des Warenverkehrs) oder durch den Verlust von Arbeitskräften aufgrund von Tod, Verletzung oder durch gesundheitliche Folgeschäden. Demnach wird der Irakkrieg die USA zwischen 1 und 2 Billionen Dollar kosten. Die endgültige Rechnung aber wird erst am Ende aufgestellt – und das ist noch nicht in Sicht. [Mehr...](#)

Zentralasien benötigt mehr EU-Engagement

Central Asia: What Role for the European Union? Asia Report Nr. 113, *International Crisis Group*, 10.04.2006

Zentralasien musste zuletzt große Rückschläge bei der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung hinnehmen. Der Modernisierungsprozess ist ins Stocken geraten und braucht neue Impulse von außen. Die Gesundheitssysteme sind instabil und die Epidemie-Gefahr steigt. Die Region ist als Drogenumschlagsplatz bekannt und radikale Islamisten sind auf dem Vormarsch. Es gibt wenig Fortschritte in Sachen Menschenrechte und Good Governance und die steigende Instabilität der Region gefährdet das Nation-Building in Afghanistan.

Für die zukünftige Energiepolitik der Europäischen Union ist Zentralasien von großer strategischer Bedeutung. Doch ihr bisheriges Engagement in der Region war zu unkoordiniert und brachte kaum Resultate. Dabei stößt die EU in der Region auf weniger Vorbehalte als die USA, Russland oder China. Außerdem hat sie Erfahrungen, was den Demokratisierungsprozess in postkommunistischen Staaten angeht. Wenn die EU Stabilität und Entwicklung in Zentralasien fördern will, sollte sie

- sich von fehlgeschlagenen länderübergreifenden Projekten verabschieden und akzeptieren, dass Zentralasien nicht als einheitliche Region behandelt werden kann, sondern aus fünf Staaten besteht, die sich in unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsphasen befinden;
- den gegenseitigen Austausch fördern, indem sie z.B. regionale Experten an den europäischen Hochschulen ausbildet und Studenten aus der Region einlädt;
- unnachgiebig auf die Einhaltung der Menschenrechte bestehen, vornehmlich gegenüber Turkmenistan und Usbekistan;
- Kooperationsmöglichkeiten mit Russland und China erörtern und
- die Hilfe für den Gesundheitssektor in den Vordergrund stellen.

Von der Zusammenarbeit mit Turkmenistan und Usbekistan sollte die EU absehen, solange es keine ernsthaften Zugeständnisse in Richtung Demokratisierung gibt. Auch die Gespräche mit moderaten religiösen Gruppen sollten vorangetrieben werden. Das langfristige Ziel der EU sollte die verstärkte, aber differenzierte Kooperation mit der gesamten Region sein. Die EU darf Zentralasien nicht länger sich selbst überlassen. [Mehr...](#)

Wachstumsmotor Wettbewerb – mehr Deregulierung für Europa

Breaking Down Barriers to Growth, Martin Neil Baily and Diana Farrell, *Finance & Development*, Volume 43, Nr. 1, März 2006

Der Schlüssel für starkes Wachstum ist Wettbewerb. Investitionen in Technologie, Forschung und Entwicklung sowie Bildung können helfen, die Produktivität zu steigern. Dies allein reicht aber oft nicht, um Wachstum und Beschäftigung wieder aufleben zu

lassen. Das Wirtschaftswachstum der entwickelten Volkswirtschaften in Europa und Japan lahm und braucht dringend neue Impulse. Hier ist vor allem die Politik gefordert. Sie muss den Rahmen für verstärkten Wettbewerb schaffen, indem sie

- Marktbeschränkungen aufhebt (in Deutschland z.B. durch Freigabe der Ladenöffnungszeiten);
- Übernahmen und Fusionen ermöglicht, die zu Kostenersparnissen führen (so verhindert z.B. das deutsche Sparkassensystem eine höhere Effizienz im Bankensektor);
- die Raumordnungspolitik überdenkt (die Probleme großer Unternehmen, geeignete Standorte zu finden, verhindern Produktivität und Beschäftigung)
- erhöhte Produktivität im Dienstleistungssektor ermöglicht (der heimische Dienstleistungsbereich darf nicht vernachlässigt werden, nur weil sich alle auf die Globalisierung konzentrieren);
- Arbeitsanreize steigert und Arbeitsmarktflexibilität schafft (z.B. durch staatliche Lohnzuschüsse und mehr Freiheit der Unternehmen bei Einstellungen, Entlassungen und Gehaltsverhandlungen);

Gerade kleinere europäische Volkswirtschaften wie die Niederlande und Dänemark haben gezeigt, dass die Kombination aus Wirtschaftsreformen und sozialer Absicherung möglich ist. Es geht hier also nicht gleich um das Ende des Sozialstaats.

Im Gegenteil: Wachstum und Beschäftigung sind Voraussetzungen für einen funktionierenden Sozialstaat. Jedes OECD-Land mit einer starken sozialen Agenda muss wirtschaftliches Wachstum und hohe Beschäftigungsraten generieren, um die Pensionen und sozialen Absicherungen finanzieren zu können. Dies gilt besonders bei steigendem Durchschnittsalter der Bevölkerungen. [Mehr...](#)

Wer bestimmt die US-Außenpolitik?

The Israel Lobby and American Foreign Policy, John Mearsheimer und Stephen Walt, *London Review of Books*, 23. März 2006

Die beiden renommierten amerikanischen Wissenschaftler John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt haben mit ihrem Essay über den Einfluss der „Israel-Lobby“ auf die US-Außenpolitik eine heftige Debatte entfacht. In dem Essay werden zwei zentrale Behauptungen aufgestellt: Die unkritische Unterstützung Israels durch zahlreiche US-Regierungen liegt nicht im Interesse Amerikas; und: Die amerikanische Außenpolitik ist seit Jahren dem Einfluss einer pro-israelischen Lobby – der „Israel-Lobby“ – ausgesetzt.

Die Reaktionen auf den Artikel fielen heftig aus. Mearsheimer und Walt wurden scharf kritisiert: Die Vorwürfe des Antisemitismus und der wissenschaftlichen Ungenauigkeit stehen im Raum. Max Boot bezeichnete den Beitrag als „klassische Paranoia-Literatur“. So ziemlich jeder amerikanische Politiker, jeder Think Tank und jede Zeitung würden der Israel-Lobby zugeordnet. Dabei würden Personen in einen Topf geworfen, die völlig unterschiedliche Positionen zur israelischen Politik vertreten. Auch sei unverständlich, warum sich nur wenige über die Unterstützung der saudischen Königsfamilie aufregten – immerhin ein Land, das im Gegensatz zu Israel den islamistischen Terror gegen die USA aktiv unterstütze.

Die beiden Autoren behaupten, Israel sei „eine Belastung für Amerika im Krieg gegen den Terror und im Umgang mit Schurkenstaaten“. Wegen der bedingungslosen Unterstützung Israels befinde sich der amerikanische Einfluss in der Region im Niedergang, und dies, obwohl die Existenz des israelischen Staates – immerhin die „stärkste Militärmacht im Nahen Osten“ – nicht in Gefahr sei.

Die Debatte zeigt: Nach dem Debakel, das die USA im Irak erleben, hat nun die Suche nach Verantwortlichen begonnen. Vielleicht wird dadurch das Ziel der Autoren erreicht, eine „offenere Debatte über die Interessen Amerikas“ zu führen. [Mehr...](#)

Arbeitsplatzverlagerung: die Zukunft des Dienstleistungssektors

Offshoring: The Next Industrial Revolution? Alan S. Binder, *Foreign Affairs*, März/April 2006

Die bisherige Verlagerung von Arbeitsplätzen aus reichen in arme Länder bildet nur die Spitze des Eisbergs. Dabei geht es nicht mehr nur um die Ausweitung des internationalen Handels, sondern um Veränderungen, die als nächste industrielle Revolution in die Geschichte eingehen könnten. In den USA sind derzeit etwa 11% der Arbeitsplätze von Arbeitsplatzverlagerung bedroht.

Durch künstliche Barrieren lässt sich dieser Trend nicht stoppen. Die Grenzen haben sich verschoben: Früher kam Auslagerung nur für Arbeitsplätze in Frage, bei denen Güter produziert wurden, die anschließend verpackt und verschifft werden konnten. Für das digitale Informationszeitalter gilt dies nicht mehr. Mit dem technischen Fortschritt wächst der Anteil von Arbeitsplätzen, die aus reichen Ländern ausgelagert werden können. Heutzutage werden viele Dienstleistungen rund um den Globus angeboten und verschickt – dem Internet sei Dank.

In Zukunft muss zwischen Dienstleistungen unterschieden werden, bei denen der persönliche Kontakt im Vordergrund steht (z.B. Kinderbetreuung), und solchen, die ohne direkten Kontakt zwischen Menschen auskommen (z.B. reine Analysetätigkeiten). Die einen können an nahezu jedem beliebigen Ort der Welt erbracht werden, die anderen nicht. Dabei greift auch die alte Unterscheidung zwischen hochqualifizierten und weniger qualifizierten Tätigkeiten nicht mehr. So sind z.B. im Gesundheitssektor die Jobs des Pflegepersonals nicht von Auslagerung bedroht, die Arbeit von Radiologen dagegen kann auch anderenorts erbracht werden.

Die Wettbewerbsfähigkeit entwickelter Volkswirtschaften hängt stark davon ab, wie schnell diese sich auf die Veränderungen einstellen. Sie müssen die Spezialisierung auf Berufe vorantreiben, die persönlichen Kontakt erfordern. Um zukünftige Arbeitnehmer für diese Berufe auszubilden, sind große Umstrukturierungen im Bildungssystem notwendig. [Mehr...](#)

Weitere Zusammenfassungen finden Sie unter www.atlantic-outlook.org

The screenshot shows the header of the Atlantic Outlook website. At the top center is the logo "ATLANTIC OUTLOOK" with a globe icon. Below the logo are three navigation buttons: "U.S. PRESS DIGEST" (with a US flag icon), "TRANSATLANTIC ANSWERS TO GLOBAL QUESTIONS", and "GLOBAL MUST READS" (with a globe icon). Below these buttons is a navigation menu with three columns:

→ INTERNATIONALE POLITIK	→ GLOBALE WIRTSCHAFT	→ STRATEGISCHE REGIONEN
<ul style="list-style-type: none"> → Massenvernichtungswaffen und Terrorismus → Freiheit und Demokratie im Nahen und Mittleren Osten → Entwicklungspolitik/Kampf gegen Armut → NATO/ESVP → Klimawandel/Umweltschutz → Zukunft der UN/Global Governance 	<ul style="list-style-type: none"> → Energie/Rohstoffe/Wasser → Bildung/Forschung/Technologie → Demographie/Global Aging/Migration → Weltwirtschaft und Handel → Kapitalmarkt/Corporate Governance → Corporate Citizenship/CSR 	<ul style="list-style-type: none"> → China → Indien → Russland/Ukraine → Asien → Afrika → Lateinamerika



Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Björn Sacknieß/Eddie Hartmann

© Atlantische Initiative e.V. – Linkstrasse 12/Potsdamer Platz – 10785 Berlin

Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 206 337 90

Email: info@atlantische-initiative.org

Neben der Webseite www.atlantic-outlook.org und den *Global Must Reads* rundet der *U.S. Press Digest* unser Serviceangebot ab. Wir lesen für Sie täglich mindestens 5 amerikanische Top-Zeitungen wie die New York Times und das Wall Street Journal und bereiten die wichtigsten Nachrichten komprimiert in Deutsch auf.



Sollten Sie an einem weiteren kostenlosen Bezug der *Global Must Reads* nicht interessiert sein, schicken Sie bitte eine Mail an info@atlantische-initiative.org.